

Antragsbereich H: Hochschulfinanzierung

Antrag H2_14/2

1 **Antragsteller*in:** Juso-Hochschulgruppe Freiburg

2

3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

4

5 **H2_14/2 Academic Franchising verhindern!**

6

7 Wir lehnen „Academic Franchising“ ab und fordern die Bildungsministerien der Länder und das
8 Bildungsministerium des Bundes und die Hochschulen auf, sich nicht aus der Verantwortung zu
9 stellen und ihr Angebot selbst den Anforderungen der heutigen und künftigen Studierenden an-
10 zupassen, ohne die Kommerzialisierung der Hochschulen voranzutreiben.

11

12 Seit dem Einzug des Neoliberalismus in die Hochschulen kommt es zu einer Kommerzialisierung
13 des Hochschulbetriebs. Unter dem Schlagwort der „unternehmerischen Hochschule“ agieren Bil-
14 dungseinrichtungen vermehrt wie Unternehmen, um die Kosten für Forschung und Lehre zu de-
15 cken. Die Hochschulen vermarkten Bildung als Ware, nehmen Gelder aus der Wirtschaft an, und
16 messen ihren Erfolg an betriebswirtschaftlichen Standards. Wir als Juso-Hochschulgruppen haben
17 diese Entwicklung mit Besorgnis verfolgt: Hochschulen sind keine Wirtschaftsunternehmen, son-
18 dern müssen Orte freier und selbstbestimmter Forschung und Lehre sein. Ökonomische Zwänge
19 und Abhängigkeiten dürfen dies nicht gefährden!

20

21 Das „Academic Franchising“ (AF) ist Teil dieses Prozesses der Kommerzialisierung. Hinter dem
22 Begriff verbirgt sich ein Geschäftsmodell, bei dem Hochschulen privaten Bildungsträger*innen
23 und Stiftungen die Ausbildung von Studierenden in ihrem Namen übertragen. Die Anbieter*innen
24 kommen für die Ausbildungskosten (z.B. das Lehrpersonal) auf und zahlen unter Umständen eine
25 Lizenzgebühr an die Hochschule, die im Gegenzug die Qualitätssicherung übernimmt und den
26 akademischen Grad verleiht. Zur Finanzierung der Studiengänge erheben die Franchiseneh-
27 mer*innen von den Studierenden Studiengebühren, die mehrere hundert Euro im Monat betragen
28 können. Auch bei Stiftungen, die kostendeckend arbeiten, fallen Gebühren an. Dies ist für uns als
29 Juso-Hochschulgruppen nicht tragbar, da es soziale Selektion verstärkt, Bildung zur Ware werden
30 lässt und das Gegenteil einer nachhaltigen Hochschulfinanzierung ist. Wir als Juso-
31 Hochschulgruppen kämpfen für eine größere Vielfalt an Studiengängen, mehr Studienplätze und
32 bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in strukturschwachen Regionen, und das System
33 des Academic Franchising ist nicht der richtige Weg da-für! Sozial brisant ist auch, dass AF be-
34 sonders häufig bei Weiterbildungsstudiengängen zu finden ist, die von den Hochschulen leider zu
35 oft vernachlässigt werden. Diese Hochschulen müssen hier ihr Weiterbildungsangebot ausweiten

36 und attraktiver gestalten, indem es unter anderem kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. Nur
37 durch ein adäquates Angebot kann den Franchisestudiengängen entgegengewirkt werden.

38

39 Neben der Finanzierung ist die Qualitätssicherung der Studiengänge ein großes Problem. Zwar
40 obliegt die Aufsicht der durch AF geschaffenen Veranstaltungen den Hochschulen, doch Richtli-
41 nien zur Wahrung von Qualitätsstandards für derartige Angebote fehlen vollkommen. Die Hoch-
42 schulrektor*innenkonferenz hat im vergangenen Jahr im Rahmen einer Empfehlung versucht,
43 solche Qualitätsstandards festzusetzen. Doch diese sind unzureichend, unpräzise und nicht ein-
44 mal bindend. Außerdem entscheidet über das Angebot der AF-Studiengänge nur die Hochschullei-
45 tung. Die akademische Selbstverwaltung ist damit vom Prozess ausgeschlossen. Eine Festsetzung
46 von Standards kann auch aus anderen Gründen nicht gelingen: Die zurzeit angebotenen AF-
47 Studiengänge sind so verschieden ausgestaltet, dass sie auf keinen gemeinsamen Nenner ge-
48 gebracht werden können. Leitragende dieser Studiengänge und damit unzureichender Lehre und
49 nur schwer vergleichbaren Abschlüssen sind die Studierenden. Eine Reglementierung der AF-
50 Studiengänge reicht nicht aus: Wir brauchen ein Verbot dieser Studiengänge in den Landeshoch-
51 schulgesetzen.

52

53 Die Juso-Hochschulgruppen wehren sich vehement gegen den steigenden Einfluss der Privatwirt-
54 schaft an Hochschulen. „Academic Franchising“ ist ein weiteres Einfallstor, das die Grenzen zwi-
55 schen Wirtschaft und Hochschule aufhebt. Durch das „Erwerben“ von Studiengängen können sich
56 Unternehmen in die universitäre Bildung einkaufen. Wir lehnen es entschieden ab, an Institutio-
57 nen zu studieren, die von den Interessen der Wirtschaft gelenkt sind und soziale Selektion beför-
58 dern. Bei der steigenden Zahl der AF-Studiengänge ist nicht zu überblicken, welche Unternehmen
59 und welche Stiftungen wie weitreichend in der universitären Ausbildung involviert sind.

60

61 Wir erkennen die Probleme, für die „Academic Franchising“ eine Lösung zu sein scheint. Dennoch
62 lehnen wir dieses Konzept aus den oben dargelegten Gründen ab. Vielmehr sehen wir die Ver-
63 antwortung bei den Bildungsministerien der Länder und das Bildungsministerium des Bundes, die
64 die Probleme der Hochschulen und deren Studierenden beseitigen müssen. Bildung ist nicht die
65 Aufgabe von privaten Unternehmen auf der Suche nach Gewinnsteigerung, sondern hoheitliche
66 Aufgabe des Staates. Daher muss ein Weg eingeschlagen werden, der die Kommerzialisierung von
67 Studiengängen an Hochschulen aufhält. Durch „unternehmerische Hochschulen“ und „Academic
68 Franchising“ wird am falschen Ende gespart. Die Hochschulen müssen sich an die Vielfalt der
69 Bedürfnisse von Studierenden anpassen, und besonders in strukturschwachen Regionen mü-
70 sen die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten verbessert werden. Denn: Bildung ist ein Recht, das
71 allen Menschen zusteht.

72